

ZUKUNFTSWORKSHOP
IG KULTUR ÖSTERREICH

2015

Dokumentation

Evelyn Schalk

INHALT

Zur Methodik	03
1) Wort Macht Kultur: Begriffen auf den Grund gehen	04
2) Umverteilung & Partizipation: Kultur weg von Eliten und hin zu jenen, die es wirklich brauchen	06
3) Kulturpolitische Visionen braucht das Land!	09
4) Kulturelle Öffentlichkeit: Alles für die Seite 2 oder doch eine Lobby für freie Medien	14
5) Kämpfen statt hinnehmen – „Frontalattacke!“	16
TeilnehmerInnen	17

Zur Methodik

Die vorliegende Dokumentation des Zukunftsworkshop 2015, der am 5. August 2015 in Wien stattfand, orientiert sich methodisch an der jährlich publizierte *Arena Analyse* von Kovar & Partners, die in Kooperation mit der Tageszeitung *Der Standard* und der Österreich-Ausgabe der Wochenzeitung *Die Zeit* mit folgender Zielsetzung erstellt wird:

„Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen. Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf, die unter anderem besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Expertinnen und Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.“
(*Arena Analyse 2015, S. 2*)

Das Untersuchungsdesign besteht analog dazu aus den folgenden Schritten:

1. ExpertInnen setzen sich im Rahmen des *Zukunftsworkshop 2015* mit einer möglichst offenen Fragestellung auseinander, um das gesamte Feld der möglichen Issues miteinzubeziehen. Die TeilnehmerInnen kommen dabei bunt gestreut aus unterschiedlichen Teilbereichen der Kulturarbeit, aus den Interessensgemeinschaften (IG) aller Bundesländer, sowie verschiedenen fachlichen und gesellschaftlichen Sektoren – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der ExpertInnen werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt ein zusammenfassender Überblick. Das Ergebnis ist jene Dokumentation, die Sie hier in Händen halten.

Die Fragen im Wortlaut:

- 1) Welche Aspekte des Themas Kulturpolitik sind eurer Ansicht nach noch nicht auf der politischen Agenda, die aber aufgrund ihrer Wichtigkeit behandelt werden sollten? Welche Aspekte wurden in den Medien noch kaum aufgegriffen?**
- 2) Was sind eurer Ansicht nach die konkreten Hintergründe und Ursachen der einzelnen Aspekte? Welche Konflikte und Probleme verbergen sich jeweils dahinter?**
- 3) Welche plausiblen Szenarien könnt ihr euch vorstellen? Welche künftigen positiven oder negativen Entwicklungen seht ihr?**

Die Clusterung erfolgt nach inhaltlichen Schwerpunkten und wird nicht nach Fragen getrennt dargestellt. Bei allen kursiv gesetzten Passagen handelt es sich um wörtliche Zitate aus den aufgezeichneten Präsentationen im Rahmen des *Zukunftswshops 2015* sowie den beiden telefonisch geführten Interviews mit VertreterInnen aus Tirol und Oberösterreich, die während des Workshops nicht anwesend sein konnten. Aussagen werden nicht namentlich gekennzeichnet und auch keiner Organisation bzw. Kulturinitiative zugeordnet, sondern sämtliche TeilnehmerInnen werden durchgehend anonym zitiert. Im Dokumentationstext werden durchgehend gendergerechte

Formulierungen verwendet, die Zitate selbst wurden im Original belassen.

1) Wort Macht Kultur: Begriffen auf den Grund gehen

Angesichts der weitreichenden Beliebigkeit im Umgang mit Begrifflichkeiten sowie der allseits propagierten vermeintlichen Alternativenlosigkeit zu bestehenden neoliberalen Systemen tritt die Notwendigkeit, den Ursachen der daraus resultierenden Krisenzustände grundlegender als bisher nachzugehen, Zusammenhänge bis an ihre Wurzel zu analysieren und seit langem nicht mehr hinterfragte, ja oft als unverrückbar wahrgenommene Zuordnungen und ihre Folgen kritisch zu hinterfragen und neu zu bewerten.

Dieser Diskurs beginnt unweigerlich mit einem Inventar der verwendeten Begriffe, denn das einzige Instrument, das uns gleichzeitig zur Definition wie zur Erfassung der Welt zur Verfügung steht, ist die Sprache. Sie schafft, um auf Wittgenstein zu rekurrieren, Wirklichkeit. Und da, dem Philosophen folgend, die Bedeutung eines Wortes die Regel seines Gebrauchs darstellt, ist es nur allzu nachvollziehbar, wenn im Rahmen des *Zukunftswerkshops 2015* die Forderung zunächst in den Raum gestellt wird, *Begriffe [zu] klären*, denn diese *gelten nicht mehr selbstverständlich, sondern müssen wieder neu ausverhandelt werden*.

Dementsprechend brisant wird die Ambivalenz des Kulturbegriffes (wieder) zum Thema. Dieser wird nicht zuletzt in Hinblick auf seine politisch-strategische Verwendung und Vereinnahmung zur Legitimation hegemonialer Machtstrukturen (sozial wie geographisch, also via Klassenzugehörigkeit bzw. postkolonial) offen gelegt. Generell wird festgehalten, dass grundsätzlich *mehr Selbstbewusstsein hinsichtlich der Sprache notwendig sei. Es ist ja so, dass man sich gewisse Austeritätsbegriffe schon selbst aneignet*. Dem gelte es, Widerspruch entgegenzusetzen. Die Debatte beginnt also bereits mit einer kritischen Betrachtung der Verhaltensmuster im eigenen Feld und deren gesellschaftspolitischer Konsequenzen. In diesem Kontext wird die Position der Kulturschaffenden selbst wiederholt diskutiert und über einen kritischen bzw. veränderten sprachlichen und damit inhaltlichen Um- und Zugang debattiert.

Daraus resultiert eine radikale Forderung: *Wir sind mittel- bis langfristig gut beraten, den Begriff Kultur aufzugeben*.

Mit dieser einher geht eine Reflexion der Eigenverortung als kulturpolitische Interessensvertretung: *Die IG Kultur ist ja gegründet und entstanden mit dem ambitionierten Bestreben, in diesen hegemonialen Streit um die Deutungshoheit von Kultur einzusteigen und mitzustreiten*. Die Feststellung des Status Quo dieser Entwicklung fällt negativ aus: *Diesen Kampf sehe ich mittlerweile, im Jahr 2015, als völlig verloren*. Denn es ist schließlich nicht gelungen, einen progressiven, egalitären Kulturbegriff zu etablieren, im Gegenteil. *Kultur ist etwas, was mir als Begriff schon fast Angst macht. Denn obwohl kaum jemand es wagt, dies so direkt auszusprechen, wird hier, in diesem Nationalstaat Österreich, der Begriff der Kultur als eine Leitkultur verstanden. Das ist unbestritten. Das ist sehr stark geprägt von konservativen Kräften, namentlich der ÖVP, insbesondere in den Bundesländern. Wir sind gescheitert!*

Die enorme Sprengkraft des Begriffs und seine realpolitischen Konsequenzen werden verdeutlicht: *Gleichzeitig ist Kultur ein Begriff geworden, der nichts anderes ist als die Kehrseite der gleichen Medaille von Identität. Und für mich ist Identität, Identitätspolitik wie auch Kultur im Sinne von Leitkultur eine Kriegserklärung*. Die Folgen sind verheerend und omnipräsent. *Wir erleben es tagtäglich, wie Europa sich abschottet. Das Konzept von Identität braucht bzw. sieht immer ein Innen und Außen vor. Das heißt, da geht's um Identitätspolitik, die mit der Kulturpolitik betrieben wird, nämlich Abgrenzung: Wir sind die Europäer und ihr seid die anderen*.

Daraus resultiert wiederum ein scharfes Hinterfragen der eigenen Rolle: *Ich stelle hier die Frage – zukünftig, und da muss auch die IG Kultur einsteigen –, ob wir uns so nicht als Kollaborateure mitschuldig machen*. Oder um noch einmal Wittgenstein zu bemühen: „So denken wir. So handeln wir. So reden wir.“

Aber es gibt auch die methodisch gegenläufige Forderung, nicht den Begriff als solchen aufzugeben, sondern um dessen Re-Okkupation zu kämpfen: *IG Kultur – so schnell würde ich nicht sagen, den Begriff darf man nicht mehr verwenden, der ist desavouiert worden. Ich glaube, dass man mittlerweile wieder darauf zurückkommen muss, um Begriffe zu kämpfen. Wenn andere Kräfte die Bedeutungshoheit an sich gerissen haben, muss man sie wieder zurückerobern und dafür auch differenzieren und verschiedene Modelle gegenüberstellen.*

Denn welche progressive und damit widerständige Kraft der Begriff beinhaltet und transportiert, verdeutlicht nicht nur das bekannte Goebbels-Zitat „Wenn ich Kultur höre, entsichere ich meinen Revolver!“, sondern auch die vielfältigen Möglichkeiten, die sich auf tun und bereits praktiziert werden, wenn es darum geht, neoliberalen Strukturen partizipative und egalitäre Modelle gegenüber und entgegen zu stellen, die den Kulturbegriff gleichzeitig erweitern und seine vielfältigen diskursiven, strategischen aber auch Anwendungs- und Umsetzungsmöglichkeiten konkretisieren.

2) Umverteilung und Partizipation: Kultur weg von Eliten und hin zu jenen, die es wirklich brauchen

„The most violent element in society is ignorance.“ Emma Goldman

An den im vorhergehenden Kapitel erläuterten Zusammenhang schließt unmittelbar die Frage an, wo die Forderung der Aufbruchsjahre der 1970er ff. nach „Kultur für alle!“ heute steht, wie sie formuliert und vor allem umgesetzt werden soll, kann, muss. Prinzipiell wird festgehalten: *Wir leben im Neoliberalismus und würden uns mehr Gemeinwohlökonomie wünschen. Denn: Wir haben sehr viel Wettbewerb, sehr viel Wirtschaftssystem, an dem sich alles orientiert, Kapital usw., aber wir haben viel zu wenig Kooperationen und Zusammenarbeit, es gibt einfach zu wenig Möglichkeiten, kooperativ was für die Gesellschaft zu tun.*

Immer wieder werden Gegenkonzepte zu herrschender Eliten-Kultur und deren Finanzierung diskutiert. Denn: *Es gibt, wenn's um monetäre Förderung geht, hauptsächlich eine Förderung von Kunst für Eliten. Das ist nicht zu akzeptieren. Daher ganz klar die Forderung: Wir sagen: Weg von Elitenförderung! Wir sind dafür, dass Kultur für Unterprivilegierte ermöglicht wird. Wir sind für Kultur von allen, nicht für alle. Wir sind für Kultur für Menschen, die keine Lebensperspektiven haben. Da gibt's noch sehr viel zu tun!*

Doch auch in diesem Punkt ist klar, dass man selbst Teil des Systems ist: *Wir sind uns in der Conclusio einig, nicht Teil dieser Strategie zu sein, Identitätspolitik zu betreiben, aber wir gehören trotzdem dazu, auch wir machen mit unserer Arbeit Kulturförderpolitik für Eliten und kaum für die, die es wirklich brauchen würden, jene die kein bisschen von der Kulturförderung profitieren.*

Umgekehrt wird festgehalten, dass sich gerade in der freien Szene sehr viel in dieser Hinsicht bewegt. *Es gibt spannende Weiterentwicklungen im kulturellen Feld, in die Richtung, dass möglicherweise die Frage der Zivilgesellschaften viel stärker betont wird. Es gibt viele Initiativen, die sich wieder mit Themen auseinandersetzen, die schon mal da waren. Von alternativen Wohnraumprojekten, wie man's aus der anarchistische HausbesetzerInnenszene kennt, bis hin zu Co-Working-Spaces und dergleichen mehr, die sich mit Commons-Fragen beschäftigen. [...] Das ist für mich quasi der Gegenpol zur mechanischen Kulturpolitik [dazu siehe Kap. 3]. Wo auf der einen Seite sehr viel Stillstand produziert wird, gibt's auf der anderen Seite sehr viel Bewegung und Lebendigkeit und Entwicklung, die vor Ort spürbar ist.*

All das ist schön und gut und wichtig, aber unter welchen Bedingungen findet diese Bewegung, dieses Engagement statt? *Raumnehmen ist ein wichtiger Punkt. Wenn man den Raum genommen hat, braucht man aber auch bezahlte Arbeit, um diesen aufrecht erhalten zu können. Die gehört gefördert, die von jenen, die im Kunstbereich, im Sozialbereich was tun, wo auch immer was nicht Wirtschaft heißt. Man muss Richtung Umverteilung auf breiterer Ebene gehen, weg von der Produktion für Eliten. Das gilt in Bezug auf RezipientInnen wie auch ProduzentInnen. Denn Arbeit zählt zu den Produktionsmitteln. Sie zu finanzieren, Stichwort prekäre Arbeitsverhältnisse, gehört zu den größten Problemen in der freien Kulturszene [vgl. Kap 3].*

Politische VertreterInnen seien gut beraten, solche progressiven Bewegungen wohlwollend gegenüber zu stehen und ihre Anerkennung auch finanziell entsprechend zu valorisieren. *Nutzen wir die Potentiale, die in der Bevölkerung auch da sind, legen wir ein breites Netzwerk an, denken wir darüber nach, wen wir einbinden wollen, um mithalten zu können. Eine Möglichkeit wäre sogenannte aktivierenden Kulturpolitik, das heißt, dass man alle AkteurInnen, die im freien Bereich unterwegs sind, möglichst gut animiert und einbindet, ihre Kompetenz und ihr Knowhow gestalterisch anzuwenden. Da braucht's eine völlige Neuorientierung der Kulturpolitik.*

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. So wird auch die Auslagerung von politischen Aufgaben an Kulturschaffende angeprangert, die dann in der Regel nicht einmal entsprechend entgolten wird.

Wir bekommen ständig gesellschaftliche Aufgaben umgehängt, die aber nicht finanziert werden. Denn wie gesagt, Ideen und Initiativen sind durchaus vorhanden, wir müssen das nicht neu erfinden, nur die [monetäre] Verteilung passt nicht. Aber da geht das Geld nicht hin, das für Kultur ausgegeben wird, sondern ganz woanders, nämlich dorthin, wo sich's die Leute selber zahlen können. Der Kreis schließt sich. Finanziert werden in erster Linie jene kulturellen Aktivitäten, die sich an ein Eliten-Publikum richten, die wiederum finanziell durchaus in der Lage sind, für diese Leistung auch entsprechend zu bezahlen. Denn in Maßnahmen, die auch derlei kulturellen Institutionen und Programme jenen näher bringen würden, sowohl inhaltlich als auch was deren Leistbarkeit betrifft, sprich in entsprechende Vermittlungsprogramme oder günstige Karten/Eintrittspreise, werden wiederum kaum öffentliche Gelder investiert.

Es würden gewisse kulturpolitische Vorgaben [...] immer auf die kleinen Institutionen abgewälzt, etwa was eine migrantische Basis betrifft, die Frauenquote erfüllen, etc. Aber von großen Institutionshäusern, die die Ressourcen, die Zeit und das Geld dafür hätten, wird's nicht verlangt. [mehr dazu siehe Kap 3] An der Gewichtung und Wertbemessung solcher Schwerpunktsetzungen lässt sich die politische Verfasstheit eines Landes ablesen. Das gilt auch besonders für die Thematik der Diversität: Diversität ist wirklich ein Thema, das unsere Gesellschaft die nächste Zeit über beherrschen wird. Ein bewusstes Eintreten für Diversität ist da ganz wichtig für die Zukunft. Da Aktionen zu setzen, vielleicht auch eine Studie darüber zu machen, wäre sicherlich interessant. Das könnte auch ein Gegenmodell zu diesem Fremdenhass sein, Diversität wird in allen großen Betrieben diskutiert und wir in Österreich diskutieren nach wie vor über ein rassistisches 'Ausländer raus'! Es ist also eine seltsame Diskrepanz, die da in der Gesellschaft herrscht.

Statt den Wert zu erkennen und für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung zu nützen, verharret man in Abschottung. Die größere Diversität durch Migration führt derzeit eben nicht zu mehr Beteiligung und damit zu mehr inhaltlicher Diversität. Oder dividiert wieder auseinander, nach dem Motto: Jedem seine Nische zum Spielen, anstatt tatsächliche Partizipation. Das ist wirklich ein großes Problem, aber es wird bestenfalls auf Spezialisten ausgelagert. Es gibt wirklich überall den Verein XY zu Kultur und der/die MigrantIn, der/die darf dann was machen, wird auch mal eingeladen ans Landestheater XY oder es gibt das 'Problemstück' ohnehin schon am selben Landestheater... Feigenblattpolitik wird auch angeprangert, was die kulturpolitische Teilhabe selbst betrifft, Teilhabe im Sinn von wir artikulieren und engagieren uns auch politisch und sind nicht nur Zaungäste. Oft hat man den Eindruck, dass es kulturpolitische Programme gibt, die dieses Zaungast-Sein festschreiben, wo man dann zwar XY beitragen kann, aber letztlich nur Teil einer Show ist. Da liegt der qualitative Unterschied.

Aber der Kreis zieht sich noch viel weiter. Denn um das Ganze auf Dauer zu verändern, muss man auch mit Maßnahmen in der Bildungspolitik ansetzen und nicht nur auf die Kulturpolitik reduzieren. Wir sind also wieder bei der Frage, wo beginnt und wo endet Kulturpolitik. Attestiert wird das Versagen jeglicher Sozial-, Bildungs- und generellen Zuständigkeiten dieser Politik, es gibt kein Querschnittsdenken.

Und ganz konkrete Anliegen sind: Es braucht einen bildungspolitisch anderen Ansatz. Damit es hier eine Veränderung gibt, muss man nämlich einen Schritt vorher anfangen, es müssen zum Beispiel die Schauspielschulen etc. geöffnet werden, um zu ermöglichen, dass z.B. MigrantInnen auch im professionellen Bereich arbeiten können. Generell sei die Bildungspolitik [...] runtergefahren. Es gibt kaum noch die Kulturfächer, die Lehrer werden nicht mehr bezahlt, wenn sie am Nachmittag mit ihren Schülern zu kulturellen Veranstaltungen gehen. Es braucht also ein grundlegendes Umdenken, was die Wertigkeit von Kulturerziehung anbelangt. Ein Ansatz wird genannt: In Vorarlberg ist es gelungen an der Pädagogischen Hochschule ein Wahlpflichtfach zu konzipieren: Kulturvermittlung für Lehrer und Lehrerinnen. So kann man beginnen, in den

bildungspolitischen Bereich reinzukommen, aber dann müssen die LehrerInnen auch die Möglichkeit haben, etwas umzusetzen. Eine weitere Forderung wird erhoben, nämlich ästhetische Erziehung so früh wie möglich anfangen – Theaterstücke für Kinder gibt es ab 6 Monaten, die arbeiten mit Licht, Bewegung, Tönen, das ist im deutschsprachigen Raum kaum verbreitet, aber essentiell, um zu lernen, mit Gefühlen umzugehen. Ästhetische Erziehung als Schulfach muss eine der wichtigsten Forderungen sein.

Aber auch die Möglichkeit, Kulturschaffende in den Bildungsprozess direkt einzubinden, fehlt. Das setzt naturgemäß wieder voraus, dass die Betreffenden für ihre diesbezügliche Tätigkeit bezahlt werden. Also dafür, dass sie in Schulen gehen, etc. Das wiederum kann nicht nur VertreterInnen der großen Häuser vorbehalten bleiben. *Wir sollten nicht nur fordern, wir möchten Kulturfächer drin haben, sondern wir möchten wirklich die freie Szene drin vertreten haben. Das ist die Basis.*

Kritisiert wird auch das Gefälle zwischen urbanem und ländlichem Raum, wodurch nach wie vor weite Bevölkerungsschichten von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden: *Partizipation ist ein Wort, das sehr oft vorkommt, auch noch aus den 1970er Jahren, dieses Kultur für alle, wir öffnen uns, man legt Wert auf Vermittlung und dergleichen mehr. Aber wenn man kritisch hinschaut, wer dann damit erreicht wird und vor allem wie hoch die Konzentration auf den urbanen Bereich ist, wenn man sich das Stadt-Land-Gefälle anschaut, dann gelingt das echt schlecht. Man müsste eine andere Form von Teilhabe anbieten, auch in einem demokratiepolitischen Zusammenhang. Gerade abseits der Städte bedeutet Kulturarbeit, die dauerhaft vor Ort ist, eine wirkliche Bereicherung. Kulturarbeit im ländlichen Raum finde ich sehr wichtig. Kleinere Initiativen führen dort ein Schattendasein. Man müsste den Fokus auf regionale Kulturarbeit verstärken. Diese würden von der Bevölkerung sehr wohl anerkannt. Der Nährboden, die Entwicklungsperspektive auf regionaler Ebene Wertschätzung zu erfahren, ist sicher gegeben. Aber: Das ist natürlich unterschiedlich, es gibt Gemeinden, die relativ schnell kapieren, dass derartige Initiativen einen Beitrag leisten im Sinnen von Lebensqualität oder auch Themen besetzen, kritisch hinterfragen, die einfach Leben in den Ort bringen und Weiterentwicklung ermöglichen. Ein Aspekt, den gerade in Zeiten von Abwanderungstendenzen, Strukturveränderungen etc. stärker berücksichtigt werden müsste. Denn die Entscheidung, in einen Ort zu ziehen oder dort zu bleiben ist nachweislich maßgeblich vom Kulturangebot beeinflusst; Leute ziehen eher in die Gebiete, wo ein solches vorhanden ist. Die Hoffnung also bleibt, dass vor diesem Hintergrund zivilgesellschaftliche und kulturpolitische Initiativen eine Rolle spielen werden. Da bin ich zuversichtlich.*

Aber auch im urbanen Raum ist von durchdachten Konzepten zur kulturellen Versorgung aller Bevölkerungsgruppen oft wenig zu spüren: So werde etwa kaum berücksichtigt, wie sich die Bevölkerungsstruktur verändert. *Auf Wien bezogen: Favoriten wird als größter Bezirk demnächst 200.000 Einwohner haben und es gibt da kein einziges geplantes Kulturzentrum, keinen relevanten Ort der Kultur. Der Bezirk hat auch einen sehr hohen migrantischen Bevölkerungsanteil, darauf wird überhaupt nicht eingegangen. Das ist ein Beispiel für fehlenden Visionen, hat aber auch damit zu tun, dass sie [die politischen VertreterInnen] sich überhaupt nicht damit auseinandersetzen, was wir [die Kulturinitiativen] tatsächlich machen.*

Das liegt manchmal wohl auch daran, dass man es gar nicht so genau wissen will, schließlich gibt es keine Mindestanforderungen für Politiker, ergo fehlt ihnen die Expertise. *An welche Informationen kommen diejenigen ran, die die Entscheidungen treffen? Dieser Informationskanal ist schön klein und die Politik dahinter trägt auch Sorge dafür, dass er so schön klein bleibt.*

Resümee: Es gibt eine Menge Handlungsbedarf! *Die Inszenierung momentan lädt dazu ein, dass man, sagen wir mal, politisch aktiv wird, das kann's sogar begünstigen. Wenn von parlamentarischer Seite die Performance eine frustrierende ist, dann kann das ein Anreiz sein, dass es außerhalb dessen politisch wird – um positiv zu bleiben.*

3) Kulturpolitische Visionen braucht das Land!

„Don't give in: an angry population is hard to govern, a depressed population is easy.“
Laurie Penny

Dieser im vorangegangenen Kapitel diagnostizierte Handlungsbedarf ist auf zahlreichen Ebenen zu verorten, zuvorderst jedoch im ebenfalls bereits angesprochenen demokratiepolitischen Sinne als Auftrag an die politischen Verantwortlichen gerichtet. Denn: *Es gibt ein Demokratieproblem – an dem müsste man nach Kräften arbeiten, um es zu verbessern.* Doch wie ist es nun um die unmittelbare politische Situation tatsächlich bestellt? Was fehlt auf der Agenda und welche Forderungen resultieren daraus?

Dass es sich bei den Fehlstellen keineswegs um kleine Lücken, sondern um klaffende Krater handelt, belegt der wiederholte Verweis auf die gänzliche Abwesenheit von Visionen. Denn nein, wer solche hat braucht nicht unbedingt einen Arzt, mit Sicherheit aber eine Menge Mut und Hartnäckigkeit beim geringsten Versuch ihrer Umsetzung. Beides scheint derzeit absolute Mangelware zu sein. *Es gibt keine Visionen, auch die kulturpolitische Vision ist nicht vorhanden. Aber Kulturpolitik müsste eigentlich das Entscheiden über Regelungen sein, wie Gesellschaft funktioniert. Doch eins der Grundprobleme ist, dass der Politik der große Blick auf die Kultur fehlt. Kultur geht in alle gesellschaftliche Bereiche, wie wir wissen, wird aber dort nicht wahrgenommen, sondern in diese Nische Kunstförderung geschoben. Alle anderen denken, das geht sie nichts an. So gibt es kein Bekenntnis zur Kultur, aber Politik sollte die Grundwerte der Kultur vertreten, jedoch nicht nur zu Wahlkampfzwecken.*

Darüber hinaus heißt es: *Ich denke das, was in der Kulturpolitik auch fehlt, sind langfristige Pläne, Visionen, Strategien, dass man sich einmal grundsätzlich die Frage stellt, wo will ich denn hin mit Kunst und Kultur, was will man in Österreich in dem Bereich, wo soll's in Zukunft hingehen? Dadurch, dass so ein Plan fehlt werden einfach alte Fördertraditionen fortgeschrieben ohne Ende. Es werden die ExpertInnen, die selber in diesem Feld tätig sind, viel zu wenig miteinbezogen und gehört. Es gibt ja kaum kulturpolitische Gremien, wo zeitgenössische Kunst- und Kulturschaffende oder Kulturinitiativen vertreten sind, wo es einen echten Austausch gibt auf Augenhöhe, wo man sich anhört und froh ist um diese Expertise, die da eingebracht wird. Das fehlt meiner Meinung nach ganz massiv.*

Solche Strukturen wären jedoch auch die Basis für tatsächlich *eigenständige Kulturressorts. Da geht's um Aufwertung und Sachverstand unserer Gegenüber.* Ohne einen solchen wiederum die kognitiven Fähigkeiten für eine wirklich große Vision überschaubar bleiben. *Das Kunstministerium als mächtiges Ministerium wäre ein Szenarium, das wir uns vorstellen könnten, als sogenanntes „Ministerium für ein glückliches Leben.“* Ja, „wir“ können (und wollen) uns das vorstellen, „sie“ aber offenbar nicht. Doch mit der Akzeptanz und gar noch Legitimation dieser Abkoppelung tragen auch „wir“ die Verantwortung für deren Fortbestand und Verschärfung.

Und dabei reicht es nicht einmal für die Umsetzung dessen, worauf man sich schon einmal verständigt hatte. *Das, was wir schon vor 30 Jahren gefordert haben, ist nie eingelöst worden. Denn die Ziele, die man sich mit Kulturleitbild gesteckt hat, muss man aktiv einmahnen und sagen, das ist euer Job, wir haben uns geeinigt auf eine kulturelle Entwicklung des Landes, auf Zielbestimmungen. Doch die gestalten wir de facto längst nicht mehr aktiv mit, sondern bestenfalls noch passiv.*

Doch woran liegt's? Ist es das vorherrschende und immer wieder als überkommen zur Seite geschobene Selbstbild, dessen Wirkungsmacht so weit reicht und dermaßen lähmt? *Ich glaube, dass nach wie vor sehr stark und nachhaltig dieses Selbstbild von Österreich als Kulturnation wirksam ist, wo Kultur als repräsentative Kultur verstanden wird. In der Bundeskulturförderung spiegelt sich das total wider. Ostermayer [Kanzleramtsminister Josef Ostermayer, SPÖ, in dessen Ressort*

auch die Kulturagenden fallen] sagt ja explizit, er fühlt sich für Bundeskultur (=Bundeskultureinrichtungen wie Bundesmuseen, Bundestheater etc.) zuständig. Das ist historisch bedingt, dass solche Ideen immer noch so wirksam sind. Es ist ein altes Selbstverständnis in Österreich. Das hängt auch mit der Sichtbarkeit, mit dem generellen Fehlen eines veränderten Bewusstseins sehr stark zusammen. Während die RezipientInnen da nicht selten über eine wesentlich weiter entwickelte Wahrnehmungsfähigkeit zu verfügen scheinen: Man hängt an diesem veralteten Kulturbegriff und sieht nicht, dass das, was als Kultur wahrgenommen wird, von den freien Kunst- und Kulturinitiativen geleistet wird. Und diese Leistung ist vielfältig. Ich hab das Gefühl, dass der Kulturpolitik oft nicht klar ist, welche wichtige Basisarbeit Kulturinitiativen leisten, in Bezug auf Nachwuchsförderung, auf das Schaffen von Beteiligungsmöglichkeiten, auf die kulturelle Nahversorgung von ländlichen Regionen. Für all das gibt's immer noch sehr wenig Bewusstsein, dafür wie wichtig das für die Gesellschaft ist und wie grundlegend.

Stattdessen werden alte Konzepte prolongiert. Das heißt, was schon da ist, wird weiter befördert, also wenn du stark bist, bekommst du noch was dazu, eine Abteilung vielleicht und ein paar Netsch... Konservierungskultur ist das eigentlich!

Umso mehr, als das gilt: Bei uns ist Kulturpolitik leider Kunstförderungsverteilung. Definiert wird nicht über politische Inhalte, sondern die Macht über die Vergabe von Geldern. KulturpolitikerInnen aller Parteien [sind] immer nur dann KulturpolitikerInnen, wenn sie für Kunstförderung zuständig sind, andere Politiker interessieren sich nicht für Kulturpolitik.

Wie schlimm ist es nun aber wirklich? In einem kulturpolitischen Worst-case-scenario konzentriert sich künftig Kulturpolitik tatsächlich auf kulturelles Erbe, also reduziert auf die Einrichtungen, die ein Staat besitzt und alle Anstrengungen unternimmt, diese am Leben zu erhalten. Da müssten man dann politisch fragen, warum das nicht unter Tourismusförderung fällt, ob das also überhaupt noch Kulturpolitik ist. Das wiederum könnte oder müsste in letzter Konsequenz bedeuten: Wenn aber das eine Tourismusförderung ist, kann's auch sein, dass Kulturinitiativen ein ganz anderes Label entwickeln – ist das dann noch Kultur? Also zerreißt der Begriff dann komplett? Es ist eine Frage des Selbstverständnisses... Dann gälte es aber auch zu erörtern: Was heißt das für eine Interessensvertretung?

Doch für solche Debatten mangelt es, typisch österreichisch, ist man versucht anzumerken, generell an Konfliktbewusstsein: Konflikte werden nicht als Konflikte wahrgenommen. Das sollte mal der Fall sein. Denn nur wenn Schieflagen auch als solche registriert und anerkannt werden, lassen sie sich, so die Bereitschaft dazu vorhanden oder der Druck hoch genug ist, auch beheben.

Eine solche Lagenkorrektur würde aber bedeuten, erst einmal der enorme Ungleichverteilung innerhalb des kulturellen Feldes entgegen zu wirken, also Größen regulieren. Große Systeme werden schlecht kontrolliert, kleine Systeme sind oft überreguliert, siehe beispielsweise Bundestheater vs. freie Theaterszene. Es ist also höchste Zeit zu handeln: Meiner Meinung nach ist immer noch dieses Thema der freien Kulturarbeit, der freien Kulturinitiativenarbeit zu wenig auf der politischen Agenda. Und wenn doch, besteht es vielfach einfach nur am Papier und es werden viel zu wenig konkrete Aktivitäten gesetzt von politischer Seite. Z.B. was die budgetäre Gerechtigkeit betrifft ist die Verteilung einfach wahnsinnig unverhältnismäßig. Wenn man sich anschaut wieviel Geld in die landes- und bundeseigenen Einrichtungen und wie wenig in die freie Kunst- und Kulturinitiativen fließt. Da braucht's eine Veränderung.

Doch über die beste Strategie, dorthin zu gelangen, herrscht auch innerhalb der freien Szene argumentative Uneinigkeit. Ist es sinnvoller, ausschließlich den Kulturbereich als Ganzes in den Mittelpunkt zu stellen und seine Aufwertung zu fordern oder geht es vielmehr darum, die feldimmanente Ungleichheit zu bekämpfen? Die demokratiezerstörenden Prozesse, die die FPÖ vor zwanzig Jahren angefangen hat, indem man trennt, separiert, auf Dinge einschlägt, um sie klein zu

machen, haben auch wir teilweise übernommen. Doch es gilt, auch selbst Visionen gegen desaströse Entwicklungen zu stellen, da dürfen dann auch scheinbar utopisch gewordene Radikalforderungen nicht fehlen, im Gegenteil. Burgtheater abschaffen!? Über solche Themen soll man wieder sprechen, es kann ja nicht sein, dass es quasi ein Verbot gibt, so etwas anzusprechen. In Österreich ist es ja nicht einmal denkmöglich, dass man darüber redet, dass man staatseigene Institutionen vielleicht auch zusperren könnte. Darauf kommst schnell Kritik: Ich bin der Meinung, dass wir darüber so nicht diskutieren sollten, weil wir uns damit auf die gleiche Ebene wie die anderen begeben, nämlich separieren, ausgrenzen etc, Unsere Aufgabe sollte es eigentlich sein, zu sagen, nein, das Burgtheater hat seine Berechtigung, es hat eine Gewerkschaft, da arbeiten Menschen, d.h. es braucht auch pro Jahr 2,5 Prozent mehr, um die Leute zu bezahlen, die sollen auch nicht um die Hälfte weniger verdienen. D.h. es muss einfach mehr Geld geben, warum sollen wir uns gegeneinander ausspielen lassen, wenn wir doch alle zusammenhalten sollten. Der Feind ist doch nicht das Burgtheater, der Feind sitzt ganz woanders. Aber wo beginnt und wo endet Solidarität? Wird diese nicht immer nur von den Kleinen gefordert, während die Großen auch innerhalb des selben Feldes kaum eine Lanze für die kleinen Initiativen der Freien brechen, wenn wieder einmal deren ohnehin schon knappen Mittel weiter gekürzt werden? Natürlich möchte ich, dass das Geld von den Abfangjägern kommt, aber dem Burgtheater ist es egal, wenn sie 4 Millionen aus der freien Szene wegnehmen. Ich frag mich, ob man da nicht einen Schritt dazwischen schalten muss, wo man zum Burgtheater geht und fragt, wie ist das jetzt mit eurer Solidarität? Weil die hab ich noch nie gesehen. Die könnten wir mal einfordern, aber wenn die nicht kommt, weiß ich nicht, warum wir solidarisch sein sollen. Das Ringen um Worte, die Tatsachen schaffen bleibt auch in dieser Debatte nicht außen vor. Ich finde das jetzt spannend, dass ich hier denselben Begriff zu hören bekomme, den ich immer vom Landesrat höre, dieses 'Ausspielen'. Das heißt, wir übernehmen diese Sprache in solchem Maß selber; das macht mich wahnsinnig! Ich wollte darüber diskutieren, wieviele staatseigene Betriebe brauchen wir, wollen wir, leisten wir uns und alles was rauskommt ist, wir sollen uns nicht gegeneinander ausspielen. Das ist ein super Beispiel dafür, was solche Begriffe auslösen.

Eines zumindest steht wohl außer Frage: Die gesetzliche Regelungen müssen für alle gleichermaßen gelten: *Nicht ausspielen, das ist auch Politikersprech, wir wären auch medial damit präsent, wenn wir z.B. einfordern würden, dass eine Institution wie die Staatsoper überhaupt einmal das Gesetz erfüllt, was sie ja de facto nicht tut. Da muss man auch einmal sagen, keine Kohle wenn ihr nicht macht, was ihr sollt.* Dafür ist es wichtig, Institutionen des Rechtsstaates strategisch geeignet einzubinden. *Ganz pragmatisch finde ich, dass die Rechnungshöfe eine Unterstützung sein können in einem gerechten Kampf. Weil sie die letzten sind im Verwaltungs- und Politikumfeld, die noch sagen können, wofür ist das alles, worauf zielt das ab, was ist der Zweck von dem, wofür da öffentliches Geld ausgegeben wird. Die z.B. auch schon kulturpolitische Leitlinien eingefordert haben, die immer verweigert werden zu definieren oder zu diskutieren.*

Eine weitere Mindestforderung könnte auch lauten, als Zielvorgabe für Bundes- und Landeseinrichtungen zu fixieren, sich für die Freien zu öffnen.

Aber letztlich geht es um viel mehr und betrifft sowohl die nationale also auch die internationale Ebene. *Wir beobachten, dass es zwar Leitbilder, positive Absichtserklärungen etc. gibt, aber der realpolitische Spielraum der Kulturpolitik wird immer geringer und es läuft hauptsächlich mechanisch ab. Es gibt diese Stabilitätspakte, die freie Förderungen, aber nicht die öffentlichen Kultureinrichtungen treffen. Für diese steigen die Gelder jährlich durch gesetzlich geregelte Indexanpassungen, während zeitgleich im freien Bereich (also das, was unter dem Titel Ermessensausgaben läuft) jedes Jahr entweder aktiv Kürzungen vorgenommen werden oder durch mangelnde Inflationsanpassung indirekt Kürzungen passieren. Wenn man das gegenüberstellt, geht die Schere immer weiter auf. [...] Das nenne ich Mechanisierung. Es sind externe Faktoren, die*

man drüberlegt, wie den Stabilitätspakt der EU, den Österreich mitratifiziert hat und der vorsieht, dass man gewissen Ausgaben bis zum Jahr 2016 reduziert. Wenn man keine substantiellen Reformen hinkriegt, wie's jetzt bei der Gegenfinanzierung der Steuerreform aussieht, ist zu befürchten, dass man bei den Förderungen extrem zu kürzen anfängt. Förderungen, das sind Wirtschaftsförderung, Landwirtschaftsförderung, Kulturförderung – da schaut's nicht gut aus für unseren Bereich, auch was unser Gewicht betrifft.

Aus der Zusammenschau der genannten Aspekte resultiert: Es ist eine politische Forderung zu sagen, die die sich's leisten können, sollen den Preis zahlen. Es geht nicht drum, ein Theater abzuschaffen, sondern es geht darum zu sagen, wer braucht die finanziellen Mittel, die Steuermittel, die wir ausgeben für Kultur? Sind es die Leute die ins Burgtheater gehen? Wenn nicht, dann sollen sie höhere Preise zahlen.

Es ist und bleibt ein Verteilungskampf.

Dieser betrifft naturgemäß auch den gesamten Bereich von Arbeit- und Lohnverhältnissen, Stichwort Prekariat. Die ansonsten sogenannten „atypischen Beschäftigungsverhältnisse“ sind im (freien) Kultursektor längst unfreiwillig zur Norm geworden. Außer den Betroffenen selbst scheint sich daran aber niemand zu stören. Arbeit, Prekariat und alles was damit zusammenhängt, wird im Kulturkontext immer nur mitdiskutiert, ist aber nicht auf der Agenda. Wobei das Aufscheinen auf einer solchen allein für eine Veränderung bekanntlich noch lange kein Garant ist: Das war ja das Fatale für uns: Der Künstlersozialversicherungsfonds war so ein erster Ansatz, denn es steht schon seit Jahren auf der kulturpolitischen Agenda, dass KünstlerInnen prekär arbeiten. Daraus geworden ist aber nur eine Feigenblattaktion. Vor allem, weil auch die nicht genug gefördert ist.

Umso wichtiger ist es, den Kampf um adäquate Entlohnung mit aller Vehemenz in Angriff zu nehmen. Denn: Das ist etwas, wo es ein ganz eigenartiges Selbstverständnis gibt in den Kulturabteilungen der Länder. Es wird immer noch davon ausgegangen, dass es freie Kulturarbeit gibt, das sollte man aber doch bitte alles ehrenamtlich machen! Da gibt es einen ganz verquerten Begriff von Ehrenamtlichkeit, denn diese basiert auf Freiwilligkeit. Es ist ja nichts dagegen zu sagen, wenn Leute sich freiwillig in einem Kulturverein engagieren, aber was laufend passiert, ist dass Leute im freien Kulturbereich dazu gezwungen werden, gratis zu arbeiten, damit der Verein überhaupt überleben kann, damit ein gewisses Angebot sicher gestellt werden kann. Das geht einfach nicht! Was im Bereich der freien Kunst- und Kulturarbeit passiert, ist bei den bundes- und landeseigenen Kultureinrichtungen undenkbar und in jedem anderen Berufsfeld sowieso. Da braucht's eine intensive, ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problematik mit dem Ziel, dass es in dem Bereich normale Anstellungsverhältnisse gibt, sowie arbeits- und sozialrechtliche Absicherungen und eine Indexierung der Gehälter, was ja bei den Bundes- und Landeseinrichtungen gang und gäbe ist.

Doch was für die einen selbstverständlich gilt, will man den anderen deshalb noch lang nicht zugestehen. Die Folgen müssen diese dann selbst ausbaden. Ehrenamtliches kontinuierliches Arbeiten braucht à la longue eine Perspektive auf tragfähige Strukturen. Da treffen sich die beiden Ebenen. Basisfinanzierung für Fixpersonal zum Beispiel. Es ist viel Bewegungsenergie da, aber damit die nachhaltig wirken kann, braucht sie einen Rahmen, an dem sie sich festhalten kann, auch um Ausfälle abzufedern etc. Denn andernfalls sehen die Zukunftsperspektiven alles andere als rosig aus: Wenn das so weitergeht, wird man schauen müssen, was in 10, 15 Jahren von dieser aktiven Szene noch übrig ist, denn Faktum ist, dass immer weniger Geld in diese Bereiche fließt. Da braucht es einfach einen politischen Willen und eine politische Entscheidung, dass man sagt, ok, jetzt setzen wir einen Schwerpunkt gezielt auf diesen Bereich und unterstützen ihn bestmöglich, dass auch wieder einmal Neugründungen möglich sind und es gute, aber zumindest normale Anstellungsverhältnisse gibt.

An Fakten fehlt es nicht, wohl aber an deren Berücksichtigung: *Es gab ja die Studie zur sozialen Lage der KünstlerInnen in Österreich. Da gibt's also schon Daten, die eindeutig belegen wie prekär dieser Sektor ist. Jetzt ist die Politik dran, diese Studie als Ausgangspunkt für konkrete Veränderungen zu nehmen. Es ist eine kulturpolitische Notwendigkeit, dass man sich endlich mit diesen Themen auseinandersetzt. Da kommt man nicht drum herum, denn was ist die nächste Konsequenz? Ja, noch funktionieren diese Strukturen irgendwie, aber wir haben laufend mit Initiativen zu tun, die die Arbeit hinschmeissen, weil sie keine Energie mehr haben. Ohne Absicherung funktioniert das nicht. Das ist eben auch eine kulturpolitische Entscheidung, ob man sie sterben lässt oder sich konkret was dagegen überlegt.*

Die Devise muss also lauten, endlich kreativ zu werden – und zwar von Seiten der politisch Verantwortlichen. *Immer heißt es bei Neugründungen, wir müssen die bestehenden fördern und wem sollen wir's denn wegnehmen. Aber das geht so nicht! Das ist eine total fiese Argumentation. Es ist eine kulturpolitische Aufgabe, da Lösungen zu finden, das kann man nicht an die Kulturschaffenden delegieren. Wenn einem selber nichts einfällt, muss man eben ExpertInnen einladen und über den eigenen Tellerrand hinausschauen in andere Länder. Und gleichzeitig sind da die landeseigenen Einrichtungen, wo die Kosten kontinuierlich steigen. Also ich fürchte, es wird nicht besser werden.*

Der Grund für die gezielte Ignoranz scheint nahe zu liegen: Die freie Szene ist zumindest inhaltlich nicht ganz so leicht für die eigenen Zwecke einzuspannen, wie jene Institutionen, die ihren GeldgeberInnen unmittelbar unterstehen. *Wenn man nicht offensiv daran geht, freie Kultureinrichtungen zu fördern, hat man irgendwann nur mehr die kommerziellen Einrichtungen oder die großen Tanker. Da schaut's dann auch trist aus fürs Land. Die Forderung ist, dezidiert keine Weichspülerfunktion zu fördern. Wir denken, es wäre wichtig, wenn man Kunstförderungspolitik macht, eine zu machen, die ganz dezidiert nicht auf Wohlfühlerzeugung abzielt.*

Voraussetzung dafür: *Endlich die Hierarchien bei den Fördergebern aufbrechen und mehr Diversität bei Förderstellen! Dazu zählen auch die Auseinandersetzung mit Governance – also die Art und Weise wie uns die Fördergeber entgegentreten: fehlende Transparenz, fehlende Vergabekriterien etc. Das kann aber nur funktionieren, wenn der Status Quo nicht als gegeben und unveränderbar akzeptiert wird – Mitläufertum ist ein Grund, warum das in allen Bereichen durchgeht –, ist man doch selbst schon so gewohnt, gar nicht mehr mehr Mittel zu fordern. Stattdessen gilt es, mehr Selbstbewusstsein zu haben und einen Verteilungsschlüssel zu finden, der ganz deutlich die Kulturinitiativen und die produzierenden KünstlerInnen stärker berücksichtigt.*

Das betrifft besonders die Interessensvertretungen – von dieser Seite müssten dringend weit radikalere Forderungen gestellt werden: *Es kann nicht unsere Aufgabe sein, weder von den IG, noch von den Kulturinitiativen, noch von den produzierenden Künstlern, für die Erfüllungen der Politik zu sorgen. Sprich, wenn die Herren sagen, Kinder, es gibt nicht mehr Geld sitzen alle schon da und sagen, ok, es gibt eben nicht mehr Geld, deswegen halten wir uns an die Vorgaben. Stattdessen müssen wir sagen, nein, her damit, und zwar jedes Jahr mehr, jedesmal 1,5 Prozent, solange bis wir 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht haben!*

4) *Kulturelle Öffentlichkeit: Alles für die Seite 2 oder doch eine Lobby für freie Medien?*

Für solche Forderungen braucht es vor allem eines: Eine breite Öffentlichkeit, ohne die kein Widerstand auf Dauer erfolgreich sein kann. Ergo ist einer der zentralen Punkte jener, sich zu überlegen, auf welche Weise diese möglichst unmittelbar erreicht werden kann, sodass ein entsprechender Diskurs überhaupt erst möglich wird. Die enorme Medienkonzentration in Österreich erleichtert ein solches Unterfangen keineswegs, im Gegenteil. Somit ist man auch an dieser Front mit den selben neoliberalen Strukturen konfrontiert, gegen die sich der Protest selbst richtet. *Medien sind Wirtschaftsunternehmen, die vom Kapital und der Politik abhängig sind.* Und die wiederum bestimmen weitgehend den Inhalt. Also: *Wer generiert Meinung?*

Repräsentation ist auch im kulturellen Feld nach wie vor ein zentraler Faktor. *Kulturpolitik ist dann relevant, wenn sie's auf die Seite 2 geschafft hat, also bei der Innenpolitik auftaucht. Kultur als Innenpolitik. Zur Zeit passiert das aber nur, wenn der Hartmann [ehem. Burgtheater-Direktor] grade entlassen wird. Wie schaffen wir es also, auf diese Seite 2 zu kommen?* Mediale Präsenz und kulturelle Relevanz werden also unmittelbar verknüpft. Geht's eigentlich nur mehr um die Quote? Das hieße: *Ich glaub, es ist noch besser, es auf die Seite 'Leute' geschafft zu haben, also in die Seitenblicke...* Zentral für die Wahrnehmung auf politischer Ebene sind Mainstream-Medien nach wie vor. *Die großen Medien, die Seite 2, lesen ja Ostermayer & Co, die hören sich nicht irgendein freies Radio an, sondern schauen eben in die Presse, den Kurier etc. Wenn du dort drin bist, wird's interessant.* Das ist nicht oft der Fall. *Hin und wieder kommt's schon vor, dass jemand mit einem außergewöhnlichen Clou es doch schafft, Beachtung zu finden, aber das steht in keiner Verhältnismäßigkeit zu dem, was tatsächlich geleistet wird.*

Diese mangelnde Präsenz hat noch weitere Gründe, unter anderem: *Es fehlen die KulturjournalistInnen, mit den entsprechenden Medien, natürlich.* Aber auch: *Gehört ein solcher Kulturdiskurs in den Kultur- oder Politikteil einer Zeitung? Die Rubrik ist eigentlich egal, solange es überhaupt Thema ist. Es ist ja nicht nur die Kultur-, sondern auch die Politikberichterstattung zu hinterfragen. Wie weit ist diese adäquat? Die spiegelt ja auch nicht alle politischen Diskurse wider, im Gegenteil...*

Ein vielschichtiger inhaltlicher und damit gesellschaftspolitisch relevanter Diskurs, wie es eine fundierte Berichterstattung, ein breit angelegtes Feuilleton, oder eine kritischer Reportagenplattformen leisten könnten, wird so nicht befördert. Daher ist die Konzentration auf diesen Sektor auch in Frage zu stellen. *Ich find's blöd, wenn wir uns alle nur darauf konzentrieren, dass wir im Standard, im Kurier, in der Kronenzeitung sind. Das sind Wirtschaftsinstitutionen, die selbst von der Wirtschaft abhängig sind.*

Es wird weiters dagegen gehalten: *Diese Konzentration auf klassische Printmedien ist nicht zielführend, sie sind zu spezifisch in der Wahrnehmung, also der Architekt liest nur die Architekturseiten usw., es gibt andere Medien, die wesentlich relevanter wären, um etwas zu transportieren.* Die da wären? *Ich merke, wie erleichtert ich bei Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren bin, dass es Facebook, E-Mails, Twitter gibt. Es gibt soviele Medien, wo ich viel mehr Leute erreiche. Die wollen sich auch damit auseinandersetzen, die sind in der Lage, mehr als einen Einzeiler zu lesen und zu verdauen.*

Wobei auch die (nicht mehr ganz so) neue (und längst nicht mehr) freie Online-Welt gern parallele Fallstricke zur analogen bereit hält: *Klar haben wir mit Social Media viele neue Möglichkeiten, aber dampfen wir da nicht nur mehr im eigenen Saft? Wen sprichst du damit überhaupt an? Doch wieder nur deine eigene Community.* Denn so individualistisch, wie Social Media Plattformen konzipiert sind, passiert folgendes: *Das Problem an den neuen Medien ist aber, dass es da eben nur die Leute lesen, die's ohnehin interessiert. Das heißt, man hat keine sehr große Reichweite, um auch*

andere Leute, die das vielleicht interessiert, zu erreichen, das ist das Problem an Twitter und Facebook. Es ist natürlich schön und gut, dass man viele damit erreichen kann, aber es sind halt nur die, die erreicht werden wollen.

Den profitorientierten Medienkonzernen stehen die freien Medien gegenüber und arbeiten seit Jahrzehnten am Auf- und Ausbau kritischer Reflexion und Gegenöffentlichkeit. Gleichzeitig widmen sie sich intensiv gesellschaftspolitischen und kulturellen Fragestellungen und verlieren gerade die Marginalisierten der Gesellschaft nicht – weder aus dem Blick noch aus den Inhalten.

Von regionalen Nischen künstlerischer und kultureller Arbeit kommt in der massenmedialen Berichterstattung kaum etwas vor. De facto gar nichts, nur in den freien Medien. Hier könnten noch wesentlich stärkere Allianzen aufgebaut werden. Es war ein langer Kampf, freie Medien in Österreich überhaupt zu etablieren. 1995 sind die ersten zwei freien Radiosender on air gegangen. Das muss man sich einmal vorstellen, dass wir bis dahin nur ORF hatten und dann war's noch immer ein langer Weg, bis wir überhaupt zu okto oder FSI gekommen sind. Das ist etwas, was wir auf jeden Fall nutzen, bespielen und stärken sollten.

Doch damit freie Medien ihre Reichweite ausdehnen können und vermehrt wahrgenommen werden, sich also stärker positionieren können, braucht es auch diesbezüglich dringende Strukturveränderungen. Diese Forderung ist nicht von kulturpolitischen Interessen abzukoppeln, im Gegenteil. *Es macht wenig Sinn, dass jeder seine Ressourcen für sich alleine verpulvert, denn alleine wird man relativ wenig erreichen. Die Frage ist, ob und wie man gemeinsam was erreichen wird, aber nur das scheint aus meiner Sicht der richtige Weg. Dem muss man ein Medieninteresse verschaffen, ein öffentliches Interesse. Nur wenn es gelingt, einen öffentlichen Diskurs über unabhängige Kanäle und Plattformen zu etablieren, lässt sich dieses langfristig aufrecht erhalten und Unterstützung erzielen bzw. eine grundlegende Haltungsänderung bewirken. Man ist also gut beraten, in dieser Sache am selben Strang zu ziehen. Man müsste für eine andere Medienfinanzierung lobbyieren, sodass die freien Medien, die immer zur Seite geschoben werden, besser aufgestellt sind.*

5) Kämpfen statt hinnehmen – „Frontalattacke!“

„Eine Kultur beruht auf dem, was von den Menschen gefordert wird und nicht auf dem, was sie geliefert erhalten.“ Antoine de Saint-Exupéry

Eines ist jedenfalls klar: Es geht ums Ganze. *Ich würde mir wünschen, dass man eine komplette budgetäre Umverteilung andenkt und sich fragt, warum nicht die Kultur insgesamt einmal mehr Geld bekommen kann, sodass man ausreichend Budget hat und nicht innerhalb des Kulturbudgets immer diese Kämpfe austragen muss. Das sind aber Diskussionen, die werden überhaupt nicht mehr geführt. Man muss sich schon einmal fragen, warum wird etwa soviel für Wirtschaftsförderung ausgegeben, warum kann man dafür oder für Sportförderung nicht einmal weniger ausgeben und stattdessen mehr in die Kultur investieren? Das sind Fragen, die traut man sich ja gar nicht mehr andenken. Denn, drastisch: Da sind wir bei brennenden Straßen – wobei die Prozesse laufen ja schon, es ist ja schon soweit.*

Eine der Forderungen jedenfalls lautet, endlich selbst die Themen vorzugeben. *Die IG sind in einer Verteidigungshaltung, wir kämpfen um viele kleine Sachen, die weggeschoben werden. Also weg von dieser permanenten Verteidigungshaltung, hin zu mehr Agenda-Setting! Aber es braucht mehr: Wobei ich sage, Agenda-Setting machen wir ständig, vielleicht sollten wir schauen, dass wir weg vom verzettelnden Agenda-Setting kommen, hin zu einer radikal politischen Avantgarde!*

Das heißt, auch klar zu verdeutlichen, auf wessen Seite man steht: *Wir müssen stärker parteiisch sein und Partei ergreifen, nämlich genau für die, für die niemand Partei ergreift. Wo niemand drauf achtet, für die, die von diesen Elitenproduktionen nichts mitkriegen, die aber die einzigen sind, die's wirklich brauchen. Man kann hingegen von denen, die jetzt die Hochkultur genießen, sehr wohl fordern, dass sie selber zahlen.*

Aber es muss umgekehrt auch klar definiert werden, gegen wen man sich stellt, darum kommt man nicht darum herum, denn: *Man muss aufhören, davon auszugehen, dass das Gegenüber ein fairer Partner ist. Das ist einfach nicht so.*

Stattdessen gilt es, dieses gegnerische Gegenüber unmissverständlich zu benennen. *Wir brauchen quasi eine Aufrüstung. Wir haben soviele Feinde. Warum benennen wir die nicht? Wir brauchen einen Feind. Weil wir ihn haben. Benennen wir ihn also ganz einfach. Doch eine solche Benennung erfordert Reflexion und Mut: Das ist gar nicht so einfach, da ist man natürlich in einer globalen Systemkritik. Aber selbst wenn wir auch nur einen davon rausgreifen – benennen wir ihn, führen wir ihn am Nasenring vor, beginnen wir's ganz einfach! Das würde es auch um einiges erleichtern, in den Medien wahrgenommen zu werden. Kämpfen wir, warum nicht? Wir haben Feinde, treten wir dagegen an. Sonst bauen wir uns permanent in einer Wagenburg unsere eigene Verteidigungsstellung, aus der wollen wir gar nicht hervorkriechen... Nein, Frontalattacke!*

Die Richtung einer solchen wiederum scheint zwar klar, aber keineswegs einfach ins Visier zu nehmen. *Die Macht der Konzerne ist nicht nur was, das mir schlaflose Nächte beschert, sondern das ist ein Feind. Soweit so klar. Aber wer ist das, die Konzerne? Systeme zu durchschauen und zu bekämpfen erfordert ihre kritische Analyse. Klar, das ist ja auch unser Demokratieproblem, dass wir schon kaum mehr ausmachen können, wo eigentlich die Zentralen der Macht sind. Das Bundeskanzleramt, der Ballhausplatz, dort ist keine Macht. Darin könnte jedoch eine Schlüsselposition für die Interessensvertretungen liegen. Aber wir als kulturpolitische Vertretungsinstitutionen sind (und haben auch die besten Voraussetzungen dafür) reflektierende Organe, die im Gegensatz zu vielen anderen, tatsächlich über Strukturen verfügen, um dann, auch in der Aktion, konkrete Maßnahmen zu ergreifen und Öffentlichkeit zu finden. Eine klare Handlungsaufforderung.*

TeilnehmerInnen

Vincent Abbrederis

Irmi Almer

Juliane Alton

Cornelia Anhaus

Anna Feldbein

Günther Friesinger

Gabriele Gerbasits

Gerald Gröchenig

Anita Hofer

Edith Huemer

Martin Ojster

Alfred Masal

Anita Moser

Yvonne Neyer

Ivana Pilić

Thomas Randisek

Sabine Reiter

Daniela Rückner

Richard Schachinger

Uschi Schreiber

Barbara Stüwe-Eßl

Martin Wassermair

Karl Zechenter

Dokumentation und Clustering der Ergebnisse des Zukunftsworkshop 2015, erstellt im Auftrag der IG Kultur Österreich, von Evelyn Schalk.

IG Kultur Österreich
Gumpendorfer Straße 63b
A-1060 Wien
<http://igkultur.at/>

Mag. Evelyn Schalk
ausreißer – Die Wandzeitung, Chefredaktion
c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A-8010 Graz
<http://ausreisser.mur.at>

